

Erlanger Rot

Zeitung der Deutschen Kommunistischen Partei Erlangen



DKP

Das Angebot ist eine Frechheit!



Streik am 16.02. - Weiberfasching in Erlangen - <https://erlangen.verdi.de/bilder>

Nachdem die Arbeitgeber in der zweiten Verhandlungsrunde für die rund 2,5 Millionen Beschäftigten von Bund und Kommunen ein erstes Angebot vorgelegt haben, ist eine Einigung in dem Tarifkonflikt in weite Ferne gerückt:

Kein Mindestbetrag, eine Laufzeit von 27 Monaten und insgesamt zu wenig Volumen - Das ist kein Ausdruck von Respekt und Anerkennung und bedeutet weitere Streiks!



Wir sind keine Basteltanten

Wir sind Bildungs-Beauftragte !

<https://erlangen.verdi.de/bilder>

Manifest für Frieden

Heute ist der 352. Kriegstag in der Ukraine (10.2.2023). Über 200.000 Soldaten und 50.000 Zivilisten wurden bisher getötet. Frauen wurden vergewaltigt, Kinder verängstigt, ein ganzes Volk traumatisiert. Wenn die Kämpfe so weitergehen, ist die Ukraine bald ein entvölkertes, zerstörtes Land. Und auch viele Menschen in ganz Europa haben Angst vor einer Ausweitung des Krieges. Sie fürchten um ihre und die Zukunft ihrer Kinder.

Die von Russland brutal überfallene ukrainische Bevölkerung braucht unsere Solidarität. Aber was wäre jetzt solidarisch? Wie lange noch soll auf dem Schlachtfeld Ukraine gekämpft und gestorben werden? Und was ist jetzt, ein Jahr danach, eigentlich das Ziel dieses Krieges? Die deutsche Außenministerin sprach jüngst davon, dass „wir“ einen „Krieg gegen Russland“ führen. Im Ernst?

Präsident Selenskyj macht aus seinem Ziel kein Geheimnis. Nach den zugesagten Panzern fordert er jetzt auch Kampffjets, Langstreckenraketen und Kriegsschiffe – um Russland auf ganzer Linie zu besiegen? Noch versichert der deutsche Kanzler, er wolle weder Kampffjets noch „Bodentruppen“ senden. Doch wie viele „rote Linien“ wurden in den letzten Monaten schon überschritten?

Fortsetzung auf Seite 2:

Was steht noch im Erlanger Rot

Rede von Roger Waters UN	Seite 2	Friedensbewerung Rechtsoffen?	Seite 8
Es muss gescheit rumpeln	Seite 3	Aufruf zum Ostermarsch	Seite 10
H&M: Digitalisierungsvertrag	Seite 4	Wissenswertes aus Erlangen	Seite 11
Highway to Hell - Koalition	Seite 5	Erhalt des Ostflügels	Seite 11
Kindergrundsicherung?	Seite 7	Erlanger Ostermarsch	Seite 12

Fortsetzung v. Seite 1: Manifest für Frieden

Es ist zu befürchten, dass Putin spätestens bei einem Angriff auf die Krim zu einem maximalen Gegenschlag ausholt. Geraten wir dann unaufhaltsam auf eine Rutschbahn Richtung Weltkrieg und Atomkrieg? Es wäre nicht der erste große Krieg, der so begonnen hat. Aber es wäre vielleicht der letzte.

Die Ukraine kann zwar – unterstützt durch den Westen – einzelne Schlachten gewinnen. Aber sie kann gegen die größte Atommacht der Welt keinen Krieg gewinnen. Das sagt auch der höchste Militär der USA, General Milley. Er spricht von einer Pattsituation, in der keine Seite militärisch siegen und der Krieg nur am Verhandlungstisch beendet werden kann. Warum dann nicht jetzt? Sofort!

Verhandeln heißt nicht kapitulieren. Verhandeln heißt, Kompromisse machen, auf beiden Seiten. Mit dem Ziel, weitere Hunderttausende Tote und Schlimmeres zu verhindern. Das meinen auch wir, meint auch die Hälfte der deutschen Bevölkerung. Es ist Zeit, uns zuzuhören!

Wir Bürgerinnen und Bürger Deutschlands können nicht direkt auf Amerika und Russland oder auf unsere europäischen Nachbarn einwirken. Doch wir können und müssen unsere Regierung und den Kanzler in die Pflicht nehmen und ihn an seinen Schwur erinnern: „Schaden vom deutschen Volk wenden“.

Wir fordern den Bundeskanzler auf, die Eskalation der Waffenlieferungen zu stoppen. Jetzt! Er sollte sich auf deutscher wie europäischer Ebene an die Spitze einer starken Allianz für einen Waffenstillstand und für Friedensverhandlungen setzen. Jetzt! Denn jeder verlorene Tag kostet bis zu 1.000 weitere Menschenleben – und bringt uns einem 3. Weltkrieg näher.

Alice Schwarzer und Sahra Wagenknecht

<https://www.change.org/p/manifest-f%C3%BCr-frieden>

Rede von Roger Waters (Mitbegründer von Pink Floyd) am 8. Februar 2023 vor dem UN-Sicherheitsrat in New York

- In Auszügen -



Wir sind hier, um Möglichkeiten für den Frieden in der vom Krieg zerrissenen Ukraine zu prüfen, insbesondere angesichts der zunehmenden Menge an Waffen, die in dieses unglückliche Land gelangen. Jeden Morgen, wenn ich mich an meinen Laptop setze, denke ich an unsere Brüder und Schwestern in der Ukraine und anderswo, die ohne eigenes Verschulden in schlimme und oft tödliche Umstände geraten. Da drüben in der Ukraine können sie Soldaten sein, die vor einem weiteren tödlichen Tag an der Front stehen, oder sie können Mütter oder Väter sein, die vor der schrecklichen Frage stehen, wie ich mein Kind heute ernähren kann, oder sie können Zivilisten sein, die wissen, dass heute die Lichter ausgehen, sicher, wie sie es immer in Kriegsgebieten tun, wissend, dass es kein frisches Wasser gibt, dass es keinen Brennstoff für den Ofen gibt, keine Decke, nur Stacheldraht und Wachtürme und Mauern und Feindschaft.

...
Es ist also an der Zeit, der Macht die Wahrheit zu sagen. ...
Offenbar glauben die Mächtigen, dass wir uns alle nur einen ewigen

Krieg leisten können. Wie verrückt ist das denn?

Die etwa vier Milliarden Brüder und Schwestern dieser stimmlosen Mehrheit, die zusammen mit den Millionen in der internationalen Anti-Kriegs-Bewegung eine riesige Wählerschaft darstellen, sagen also:
Genug ist genug! Wir fordern einen Wandel.

**Präsident Biden, Präsident Putin, Präsident Zelenski,
DIE USA, DIE NATO, RUSSLAND, DIE EU, SIE ALLE.**

**BITTE ÄNDERN SIE JETZT DEN KURS,
STIMMEN SIE HEUTE EINEM WAFFENSTILLSTAND IN DER UKRAINE ZU.**

<https://www.youtube.com/watch?v=wvXePf89f5M>



Es muss gescheit rumpeln im Karton!

Zum aktuellen Arbeitskampf der Postgewerkschaft:

Der Streik der Postlerinnen und Postler zum Jahresauftakt ist schon was Besonderes. In einer Zeit der durch die Regierung angeordneten gewerkschaftlichen Friedhofsruhe (seit fast einem Jahr, dem Kriegsbeginn in der Ukraine) ist es ein Novum, dass es überhaupt wieder größere Arbeitskämpfe gibt. Dem Kanzler ist es nämlich bekanntlich gelungen, die Gewerkschaftsvorsitzenden an seinen Tisch zu holen mit dem Ziel, dass die

Gewerkschaften die Füße stillhalten. Angeboten werden von der Regierung aber bekanntlich nur außertarifliche Sachen wie Gaspreiszuschüsse und Ähnliches. Große Lohnerhöhungen, die dringend erforderlich sind, gibt es kaum. Und die Verarmung der Bevölkerung nimmt zu.



Am Freitag, dem 27.1.23 kamen über fünfzig streikende Beschäftigte der Postgewerkschaft in Thüringen zum Streikfrühstück in die ver.di-Bildungsstätte Saalfeld. Ich glaube, vielen Kolleginnen und Kollegen wurde an diesem Tag richtig warm ums Herz, weil sie die Kraft und Kampfbereitschaft



der (vorwiegend) weiblichen Streikenden gespürt haben. Seit vielen Jahrzehnten gehört die einst kampfstärke Postgewerkschaft übrigens zum Loser-Bereich. Es begann Mitte der achtziger Jahre durch Schwarz-Schilling mit der Zerschlagung der Arbeitsstrukturen bei der Post. Privatisierung war angesagt. Und wurde Schritt um Schritt die weiteren Jahre umgesetzt: Bis in die heutige Zeit gab es keine Verbesserung, sondern eine weitere Verschlechterung der Arbeitsbedingungen.

Somit haben die PostlerInnen nichts zu verlieren bei diesem Streik. Es ist ihnen zu wünschen, dass sie erfolgreich sind. Egal wie lange der Streik dauert. Auch die jüngste Verhandlungsrunde ist übrigens gescheitert. Die Verhandlungsführerin der Postgewerkschaft, Andrea Kocsis, sagte kürzlich: „Insbesondere Menschen mit niedrigen Einkommen, zu denen der

Großteil der Beschäftigten bei der Deutschen Post AG gehört, sind überdurchschnittlich von der anhaltend hohen Inflation betroffen, da sie einen großen Anteil ihres Nettoeinkommens für Nahrungsmittel und Energie aufbringen müssen. Der überwiegende Teil der ver.di-Mitglieder bei der Deutschen Post AG hat ein niedriges Einkommen und kann weitere Reallohnverluste schlichtweg nicht verkraften...“

Werner Lutz



H&M: Beschäftigte erkämpfen Digitalisierungsvertrag

Hennes & Mauritz, das schwedische Textilunternehmen mit Filialen in allen Erdteilen und zunehmend auch im Online-Geschäft tätig, ist seit Eröffnung der Erlangen Arcaden im Jahr 2007 im dortigen Erdgeschoß zu finden. In der anfangs „betriebsratsfreien Zone“ gelang es den überwiegend sehr jungen und weiblichen Beschäftigten der Erlanger Filiale mit Unterstützung der Gewerkschaft ver.di, im Jahr 2013 einen Betriebsrat zu wählen. Notwendig war eine Interessenvertretung schon damals – und ist es bis heute: Der schwedische Konzern findet sich regelmäßig in den Schlagzeilen wegen schlechter Arbeitsbedingungen und Verstößen gegen Arbeitsrecht und Gesetze.

Werner Lutz, Mitglied im Ver.di-Ortsvorstand Erlangen, schrieb damals:

„Arbeit“ übrigens bedeutet für sie wie bei anderen Standorten von H+M in Deutschland: stundenlanges Herumstehen hinter einer Kasse, an der Kunden vor ihnen in einer langen Reihe warten, um Kleidungsstücke einzukaufen oder umzutauschen. Oder Verkaufsgespräche führen mit (um diese Uhrzeit oft gereizten) Kunden, und dazu immer wieder das Geschrei hören von übermüdeten Kleinkindern. – Alles das in der sauerstoffarmen Luft einer völlig unzureichenden Klimaanlage, wo es sogar Kunden gelegentlich schwindlig wird. – Aber Kunden müssen nicht wie die Beschäftigten bis zum Ladenschluss um 20.00 Uhr hier bleiben, sondern können einfach durch eine der beiden Eingangstüren hinauslaufen an die frische Luft.“

Eine neue Herausforderung kam hinzu: **Die Digitalisierung der Arbeitsabläufe verstärkt nicht nur den Stress für die Beschäftigten, stellt neue Anforderungen an die Qualifikation, sondern**



gefährdet auch Arbeitsplätze.

Nach einer aktuellen Untersuchung des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) sind die Möglichkeiten, Beschäftigte durch automatisierte und digitalisierte Prozesse zu ersetzen, in der Handelsbranche zuletzt am stärksten gestiegen. Bei H&M geht es dabei zum einen um die Förderung des Online-Handels, aber auch die Einführung von RFID-Chips an den Kleidungsstücken. Dadurch sind diese jederzeit identifizierbar und lokalisierbar, was z. B. die Einführung von Selbstbedienungskassen ermöglicht. Gegen Arbeitsplatzabbau und Stressfaktoren setzen die Beschäftigten bei H&M zusammen mit der Gewerkschaft ver.di auf vereinbarte Regeln. **Der erste Digitalisierungsvertrag in der Branche wurde Ende 2022 abgeschlossen.** Im Tarifvertrag sind festgelegt das **Ziel einer guten und gesundheitsfördernden Arbeit, die Beteiligung der Beschäftigten schon vor Einführung neuer Technologien und das Ziel der Arbeitsplatzsicherung.**

Die Unternehmensleitung informiert mindestens zwei Mal im Jahr über geplante Digitalisierungsschritte. Die Bewertung erfolgt durch Gewerkschaft und Gesamtbetriebsrat unter Einbeziehung der Beschäftigten in den Filialen. Untersucht werden die konkreten Auswirkungen auf die Tätigkeit, die Arbeitsintensität, mögliche Belastungen ebenso wie Auswirkungen auf Arbeitszeit und Arbeitsort sowie die Arbeitsergonomie. Ein **Abgruppierungsschutz (Schutz vor Lohnsenkung) und eine Qualifizierungsinitiative** sollen den Beschäftigten helfen, Digitalisierung auch als Chance zu gestalten.

Ver.di Verhandlungsführer Orhan Akman freut sich: „Der Tarifvertrag bei H&M gilt für derzeit 14.300 Beschäftigte – allein der Handel zählt weit über fünf Millionen Lohnabhängige. Es gibt tariflich und politisch also noch viel zu tun. Der Tarifvertrag bei H&M zeigt, dass auch vermeintlich Unmögliches erreicht werden kann.“

Isa Paape

Koalitionsvereinbarung: Highway to Hell. Aber mit Solarpanelen auf dem Grünstreifen

Nach einer dreitägigen Marathonsitzung haben sich die führenden Köpfe von SPD, Grünen und FDP darauf verständigt, dass eine "eng begrenzte Zahl besonders wichtiger Projekte" im Autobahnbau beschleunigt geplant und umgesetzt werden. Diese "eng begrenzte Zahl" ist aber eine recht eindrucksvolle Liste von 144 Autobahnstellen, wie Bundesjustizminister Marco Buschmann (FDP) über Twitter mitteilte. Die Grünen hatten das bislang vehement abgelehnt. Aber jetzt ist alles gut: auf den Grünstreifen neben den neuen Autobahnen müssen Solar- oder Windanlagen gebaut werden. Natürlich nur wenn es möglich ist. Und nur bei den neuen Autobahnen. "Wenn nun zudem 144 zusätzliche klimaschädliche Autobahnprojekte beschleunigt durchs Land asphaltiert werden sollen, wird das Klima weiter vor die Wand gefahren", empört sich Martin Kaiser, Vorstand von Greenpeace Deutschland.

Klimaschutzgesetz wird "entkernt"

Das ist aber noch nicht alles. Mit Zustimmung der Grünen wird sogar das Klimaschutzgesetz aus Merkels Zeiten in zentralen Punkten geändert – "entkernt", sagt Martin Kaiser. Im aktuellen Gesetz hat jeder Sektor wie Gebäude oder Verkehr pro Jahr CO₂-Vorgaben, die erfüllt werden müssen. Besonders der Verkehr riss die Vorgaben bereits zweimal. Und der derzeitige Bundesverkehrsminister Volker Wissing (FDP) macht wenig, dass dies zukünftig anders sein wird. Nicht einmal Tempo 100 auf Autobahnen ist mit ihm zu machen. Dabei könnte man damit auf einen Schlag den Ausstoß von



07.03.2023 A3 Höhe Leverkusen Foto M.Bock

31. MÄRZ 2023
31.03.2023: die kleinste
Regierungspartei FDP konnte
sich mit Unterstützung durch
die SPD auf ganzer Linie durch-
setzen
 ++
Klimaschutzgesetz wird
"entkernt"
 ++
Greenpeace: "das Klima wird
weiter vor die Wand gefahren"
 ++
keine Entscheidung zum
Haushalt, nichts zur
Kindergrundsicherung
 ++
Anja Krüger: "Die Politik von
SPD,
Grünen und FDP treibt nicht nur
die Erderhitzung voran, son-
dern auch die soziale Spaltung
der Gesellschaft"

acht Millionen Tonnen CO₂ vermeiden, sagt der Verkehrsprofessor Markus Friedrich. Jetzt soll das Gesetz entschärft werden: "Die Einhaltung der Klimaschutzziele soll zukünftig anhand einer

sektorübergreifenden und mehrjährigen Gesamtrechnung überprüft werden", heißt es im Beschlusspapier.

Übersetzt heißt das: Übt sich Wissing in Arbeitsverweigerung beim Klimaschutz, sollen mögliche Fortschritte in anderen Bereichen die Bilanz ausgleichen. Erst wenn alle Sektoren zusammen zwei Jahre hintereinander das vereinbarte Gesamtziel verfehlen, sieht die Koalition Handlungsbedarf. Dann müssen die Ministerien weitere Vorschläge erarbeiten, wie sie die CO₂-Ziele bis 2030 doch noch erreichen können – und andere Sektoren müssen die Verfehlungen eines anderen ausgleichen, was vor allem Wissing helfen dürfte.

Für die Grünen-Vorsitzenden Ricarda Lang und Omid Nouripour kein großes Problem. Über Twitter erklärt Lang, dass schon im Koalitionsvertrag vereinbart sei, dass sich Sektoren "gegenseitig helfen können". Einzelne Bereiche könnten sich aber "nicht verstecken". Die Sektorziele bleiben "im Grundsatz erhalten". Ob sich die Anhänger:innen der Grünen so billig abspeisen lassen, wird sich erst zeigen. "Mit der Aufgabe der Verpflichtung zur Umsetzung jedes einzelnen Sektorziels heißt Kanzler Scholz (...) gut, dass der größte klimapolitische Erfolg seiner Partei, das Klimaschutzgesetz, entkernt wird", erklärte Greenpeace-Vorstand Martin Kaiser. "Das entlässt mit Verkehrsminister Wissing ausgerechnet das Schlusslicht beim Klimaschutz aus der Verantwortung." Einsatz klimafreundlicher Heizungen.

Fortsetzung v. Seite 5 Highway to hell

Auch zum Streit um das Verbot neuer Gasheizungen steht etwas in dem Papier, allerdings wenig Konkretes. In dem Papier heißt es lediglich, "dass ab dem 1. Januar 2024 möglichst jede neu eingebaute Heizung zu 65 Prozent mit Erneuerbaren Energien betrieben werden soll". Allerdings, und das ist eine Neuerung, solle dabei auf "Technologieoffenheit" geachtet werden. Das dazugehörige Gesetz soll im April vom Kabinett beschlossen werden. Ausdrücklich heißt es, die Regelung solle "pragmatisch ausgestaltet" sein und "unbillige Härten" vermeiden.

Wie dieser "soziale Ausgleich" zum Vermeiden "unbilliger Härten" konkret ausgestaltet sein soll, ließen SPD, Grüne und FDP offen. Was das alles tatsächlich heißt, wird sich erst zeigen, wenn der finale Gesetzentwurf vorliegt. Jetzt wurde nur vereinbart, dass das Geld für den geplanten Sozialausgleich für den Austausch von Öl- und Gasheizungen nicht aus dem Haushalt kommen solle, sondern aus dem bereits bestehenden Klimafonds – der ursprünglich für die Finanzierung des Klimagelds vorgesehen war, mit dem die Transformation in die nichtfossile Welt sozial abgefedert werden sollte. Dieses zentrale Element eines echten sozialökologischen Umbaus haben die Grünen offenbar nebenbei zu den Akten gelegt.



Sozialpolitik. Fehlanzeige Im Papierkorb landete auch die Kindersicherungsicherung. Pochten die Grünen noch zu Monatsbeginn auf die zügige Einführung dieses zentralen sozialpolitischen Vorhabens von Grünen und SPD, so fällt jetzt auf, dass in dem Papier nichts dazu steht. Der Sozialverband VdK und der Kinderschutzbund prangern diese Leerstelle empört an.

Über den ebenfalls hart umkämpften Bundeshaushalt hat die Runde im Kanzleramt ebenfalls kein Wort verloren. Bei der anstehenden Festlegung der Haushaltseckwerte - und mehr noch beim im Frühsommer vorzulegenden Etatentwurf der Bundesregierung – werden sich die Konflikte in der Koalition wieder

deutlich zeigen. Bundesfinanzminister Lindner (FDP) pocht auf die Einhaltung der Schuldenbremse. Bereits in diesem Jahr soll laut Haushaltsplanung die im Grundgesetz verankerte Schuldenbremse, also das Verbot einer Netto-Neuverschuldung, nach Corona- und

Inflations-Entlastungspaketen erstmals wieder eingehalten werden. Da dies faktisch ein Ding der Unmöglichkeit ist, wurden mehrere Maßnahmenpakete in sogenannte "Sondervermögen" – in Realität "Sonderschulden" - ausgelagert, die nicht Teil des regulären Etats sind. „Wir waren in der Lage, auch der anderen Seite ihren Raum zu geben.“ Robert Habeck, Vizekanzler und Wirtschaftsminister (Grüne)

Rekordverschuldung: Vor einigen Tagen teilte das Statistische Bundesamt mit, dass die deutsche Staatsverschuldung zum Jahresende 2022 auf ein Rekordhoch von fast 2,4 Billionen Euro gestiegen ist. Ein Anstieg von zwei Prozent im Vergleich zum Jahresende 2021. Berücksichtigt werden in dieser Statistik nur Verbindlichkeiten gegenüber dem nichtöffentlichen Bereich, also etwa Banken sowie private Unternehmen im In- und Ausland. Die Vermögen der einen, sind die Schulden der anderen. Zwölf Milliarden Euro für mehr Waffen für die Ukraine Doch ungeachtet dieses Schuldenberges und der angeblich fehlenden Mittel für Kindersicherung und eine angemessenen Erhöhung der Löhne im öffentlichen Dienst zum Inflationsausgleich, billigte der Haushaltsausschuss des Bundestages am Mittwoch Finanzmittel in Höhe von zwölf Milliarden Euro für die "Waffenhilfe" für die Ukraine.

Wie Bundesverteidigungsminister Boris Pistorius (SPD) erklärte, sol-

len rund acht Milliarden Euro für die direkte Beschaffung von Waffen für die Ukraine ausgegeben werden. Weitere vier Milliarden Euro seien vorgesehen, um Waffensysteme zu ersetzen, welche die Bundeswehr an die Ukraine abgegeben hat. Als Beispiele nannte Pistorius Panzerhaubitzen, Panzer und Munition. In seiner Sitzung billigte der Ausschuss auch den Kauf von zehn neuen Panzerhaubitzen des Typs 2000 als sogenannte Wiederbeschaffung für Systeme, welche die Bundeswehr bereits an die Ukraine abgegeben hat. Der Beschluss sieht zudem eine Kauf-Option für 18 weitere derartige Panzerhaubitzen vor.

"Die Politik von SPD, Grünen und FDP treibt nicht nur die Erderhitzung voran, sondern auch die soziale Spaltung der Gesellschaft" Anja Krüger, Wirtschaftsredakteu-

rin der taz "Mehr Geld für die Schiene, eine höhere Lkw-Maut und Solaranlagen an Autobahnen machen aus dem herben keineswegs ein bittersüßes Ergebnis. Was die Grünen erreicht haben mögen, fällt nicht ins Gewicht gegen die demonstrative Abkehr von einer Klimaschutzpolitik, die sich die Grünen einst auf die Fahnen geschrieben haben. Die Ampel setzt auf hohe CO2-Preise als wichtigstes Instrument gegen die Klimakrise.

Für Reiche ist das kein Problem, sie werden ihren Lebensstil nicht ändern müssen. Für Menschen mit wenig Geld ist das ein Desaster, viele wissen schon heute nicht, wie die ihre hohen Energierechnungen zahlen sollen. Die Politik von SPD, Grünen und FDP treibt nicht nur die Erderhitzung voran, sondern auch die soziale Spaltung der Gesellschaft", kommentiert Anja Krüger, Wirtschaftsredakteurin der taz



Zu Christian Lindner „fehlendes Konzept Kindergrundsicherung“

23. Februar 2023

Heinz Hilgers

<https://kinderschutzbund.de/heinz-hilgers-zu-christian-lindner-fehlendes-konzept-kindergrundsicherung/>

Berlin, 22.02.2023. Zu den Äußerungen von Finanzminister Lindner gegenüber dem Nachrichtenportal t-online zur Frage eines fehlenden Konzepts der Kindergrundsicherung und anderen, erklärt Heinz Hilgers, Präsident des Kinderschutzbundes:

„Die Äußerungen von Finanzminister Lindner sind ein Ausweis völliger Ahnungslosigkeit. Seit 14 Jahren liegt ein ausgereiftes Konzept für die Kindergrundsicherung vor, das mehrfach begutachtet und modifiziert wurde und an dem ich persönlich mitgewirkt habe.“

„Die Kinderarmut in Deutschland ist ausdrücklich nicht durch Zuwanderung gestiegen. Die Ursache für die gestiegene Kinderarmut liegt in dem stark gewachsenen working-poor-Bereich begründet. Arme Kinder leben in



der Mehrzahl bei Eltern, die erwerbstätig sind und deren Erwerbseinkommen nicht ausreicht, um eine Familie zu ernähren.“

„Die Einführung einer Kindergrundsicherung ist kein Wunsch an den Weihnachtsmann, sondern eine notwendige Maßnahme, um würdevolles Aufwachsen und

Chancengerechtigkeit von Kindern zu sichern. Die stark steigende Kinderarmut gefährdet den Wirtschaftsstandort Deutschland, denn arme Kinder haben im Bildungssystem kaum eine Chance. Das ist durch zahlreiche Studien belegt. Die Kinderarmut von gestern, ist der Fachkräftemangel von heute. Ich kann mir nicht erklären, wie ein Finanzminister der FDP vor diesen Tatsachen die Augen verschließen kann.“

Warum die Friedensbewegung nicht „rechtsoffen“ ist.

<https://frieden-links.de/2023/04/thesenpapier-friedensbewegung-rechtsoffen/>

Das einigende Band der Friedensbewegung ist die Kritik an Militarismus und Krieg. Auf dieser Grundlage bietet sie Raum für Menschen in ihrer je eigenen bunten Vielfalt von Haltungen und/oder Überzeugungen, darunter etwa konservative oder kommunistische, christliche oder atheistische, anarchistische, bürgerlich-liberale, ökologische, pazifistische und viele andere mehr.

Seit ihrer Herausbildung als „moderne“ Friedensbewegung zu Beginn des 20. Jahrhunderts wird sie von den Kriegstreibern und Militaristen politisch verfolgt, diffamiert als Vaterlandsverräter, als ferngesteuert oder fünfte Kolonne des gerade aktuellen „Feindes“, als naiv, sich der Realität verweigern, politikunfähig. Die Diffamierung als „rechtsoffen“ (darunter auch „Querdenker“ oder „Antisemiten“) ist jüngerer Datums, aber sie erzielt durchaus Wirkung. Mit ihr setzen wir uns in diesen Thesen auseinander.

Die Friedensbewegung als breites gesellschaftliches Bündnis war immer geprägt von einer Vielzahl unterschiedlicher Analysen und Meinungen zu friedenspolitisch relevanten Fragen. Kontroversen – wie aktuell in der Bewertung von Vorgeschichte und Hintergründen des Ukraine-Krieges – stehen aber gemeinsamen, prägnanten Forderungen nicht entgegen.

Die Friedensbewegung war schon immer Diffamierungen ausgesetzt. Neu ist gegenüber früher, dass dieses bei uns durch Kräfte aus Organisationen erfolgt, die bisher in der Friedensbewegung verwurzelt waren. Damit werden innerhalb von großen Mitgliedsorganisationen tiefgehende Widersprüche provoziert, da in ihnen zugleich nach wie vor Menschen aktiv sind, die Stigmatisierung und



Ostermarsch Erlangen 2017

Ausgrenzung ablehnen. Dasselbe gilt für wichtige Partner der Friedensbewegung, wie Gewerkschaften oder kirchliche Kreise.

Der Hintergrund dieser Entwicklung ist der enorme Druck, den die herrschenden Eliten und ihre Medien auf friedensliebende Kräfte jeglicher Art ausüben. Sie engen den Debattenraum auf erschreckende Art und Weise ein und drohen vom Mainstream abweichenden Meinungen mit Strafen und Berufsverboten.

Aus Sicht der NATO will und muss der Westen den Krieg in der Ukraine gewinnen. Zu Beginn des Krieges mag das noch anders gewesen sein, aber inzwischen geht es den NATO-Falken und ihrem



Ostermarsch Erlangen 2017

militärisch-industriellen Komplex um die Aufrechterhaltung ihrer Dominanz in der Welt; sie wollen die (Zeiten-)Wende von einer unipolaren zu einer multipolaren Welt brechen, mindestens jedoch aufhalten. Das begründet ihre Feindschaft und Unversöhnlichkeit gegenüber allen Kräften, die auf Diplomatie, Kompromisse, Abrüstung setzen.

In der deutschen Politik hat die Zeitenwende bereits 1999 stattgefunden, als Grüne und die SPD mit Pazifismus und/oder militärischen Zurückhaltung brachen und im Jugoslawienkrieg zu Bellizisten wurden. Der aktuell eskalierende Bellizismus weist zudem Parallelen zur 1914 geschürten Kriegshysterie auf, bei der eine historisch belegte Anti-Kriegs-Stimmung in der Bevölkerung von Politik und intellektuellen Eliten umgedreht werden konnte. Bereits damals spielten anti-russische Stimmungen eine große Rolle. Es war Karl Liebknecht, der dazu mit seinem Aufruf „Der Hauptfeind steht im eigenen Land“ eine Gegenbewegung ermuntern konnte.



Aktuell werden links und rechts als politische Koordinaten durch eine totalitäre Meinungsmache der politischen „Mitte“ demontiert. Mittlerweile gilt als „rechts“ nahezu jegliches vom Normativen abweichende Verhalten.

Für viele Menschen, die sich in den letzten Jahren (neu) politisiert haben – vor allem durch die Corona-Politik der Bundesregierung und deren Absolutheitsanspruch – erscheint der Begriff links nicht mehr als aufklärerisch, sondern eher als denunziatorisch. „Links“ wird zunehmend als Synonym für inhaltsleere Abgrenzung, als Beschimpfung und Beleidigung durch vermeintlich „Linke“ wahrgenommen. Rechts ist die Auffassung, Krieg und Militarisierung seien notwendig und sinnvoll, rechts ist das Denken in Feindbildern, die Meinung, dass unterschiedliche Menschengruppen und Individuen unterschiedliche Wertigkeiten und Rechte hätten, rechts ist autoritär, nach unten tretend und nach oben katzbuckelnd.

Wir verstehen uns als Linke in der Friedensbewegung; nicht, um uns von anderen abzugrenzen, vielmehr um uns kenntlich zu machen. Friedenspolitische Grundsätze sind für uns:

Antimilitarismus, internationale Solidarität und ein Antifaschismus, der die historischen Umstände, die 1933 zur Machtübergabe an die Nazis geführt haben, zugrunde legt und in ihren heutigen Erscheinungen dechiffriert. In unserem Engagement für den Frieden blicken wir auch auf Besitz- und Machtverhältnisse, auf geostrategische Interessen, wir analysieren soziale Gleichheit bzw. Ungleichheit hierzulande und weltweit.

Frieden und Demokratie und Menschenrechte, Frieden und der Erhalt der natürlichen Lebensgrundlagen gehören für uns zusammen.

Wer sich links verortet, sollte dazu stehen. Wer linke Positionen aufgibt, um im Mainstream anzukommen, spielt den Ball denjenigen zu, die rassistische und militaristische Positionen vertreten, aber sich aufgrund ihrer Anhängererschaft oder anderweitiger politischer Opportunität einer strategisch-taktischen Friedensrhetorik bedienen.

Wir demonstrieren aus gegebenen Anlässen mit allen Menschen, die ehrlichen Herzens den jeweiligen Aufruf teilen und setzen uns dafür ein, nur solchen Kräften ein Podium zu bieten. Dabei sind wir uns bewusst, dass die Beurteilung der Aufrichtigkeit eher eine Sache des historischen Bewusstseins und der politischen Erfahrung als einer Überprüfung ist.



Wir wenden uns entschieden gegen eine „Abgrenzeritis“, die ohne Bezug auf eigene friedenspolitische Grundsätze erfolgt. Begriffe wie „rechtsoffen“ (auch „Querdenker“ als Schimpfwort oder der leichtfertige politische Todesstoß „Antisemitismus“) spiegeln nicht linke Denkungsart. Es sind Erfindungen von rechts, um die Bewegung zu spalten. Sie entfalten allerdings ihre Wirkung erst, wenn sie nicht nur „von außen“

den Bewegungen angeheftet werden, sondern sich auf eine „innere Zeugenschaft“ stützen können. Die wiederum arbeitet häufig mit Lügen wie gefälschten oder aus Zusammenhängen heraus gerissenen Zitaten oder indem sie willkürlich und fälschlich Ereignisse oder Äußerungen einander zuordnet, die nichts miteinander zu tun haben.

Wir wollen Organisationen und Parteien nach ihrer Programmatik und nicht nach kritikwürdigen Auftritten einzelner Protagonisten beurteilen. Willkommen sind alle, die ehrlichen Herzens für Frieden eintreten. Wer aber meint, Friedenskundgebungen in rechte Versammlungen ummünzen zu müssen, soll zu Hause bleiben.

Wir wollen Einzelpersonen, die als „umstritten“ oder „rechtsoffen“ dargestellt werden, nach der Gesamtheit ihrer inhaltlichen Aussagen beurteilen und kämpfen hierbei für wahrheitsgemäße Darstellungen. Wir suchen bewusst die Zusammenarbeit mit Kräften, die sich der Friedensfrage „neu“ annähern. Wir wollen deren politische Sozialisierung verstehen und mit ihnen argumentative Ansätze für eine offene und ehrliche Diskussion finden.

Menschen, die ihre Geschichte nicht kennen, sind dazu verdammt sie zu wiederholen. Das beziehen wir auf Schlüsseljahre der deutschen Geschichte wie 1914 und 1933. Wir selbst sehen deshalb ein entsprechendes historisches Bewusstsein als Schlüsselement unseres aufklärerischen Ansatzes



Aufruf zum Ostermarsch am 10. April 2023 in Nürnberg

Den Frieden gewinnen- den 3. Weltkrieg verhindern

Über ein Jahr Krieg in der Ukraine und kein Ende ist in Sicht. Im Gegenteil. Offensiven auf beiden Seiten. Wir erleben Brutalisierung und Eskalation.

Täglich fallen hunderte Soldaten, Städte werden zerstört, teures Kriegsgerät verschossen.

Wir verurteilen den völkerrechtswidrigen Einmarsch in die Ukraine, ohne die Vorgeschichte dieses Krieges, wie die NATO-Osterweiterung, zu vergessen.

Die Sanktionen und Waffenlieferungen der NATO-Staaten haben uns dem Ziel eines Friedens um keinen Schritt näher gebracht. Stattdessen wurde zivile Infrastruktur zerstört, es fielen Zehntausende zum Opfer, Millionen sind geflüchtet. Durch immer schwerere Waffen nimmt die Eskalation bis hin zur Gefahr des Atomkrieges zu.

Aufrüstung verhindern

Die Bundesregierung nutzt den Krieg als Vorwand für ein gigantisches, seit langem geplantes Aufrüstungsprogramm. Besonders kritisch ist die Anschaffung der modernen, atomwaffenfähigen Kampfflugzeuge. Die Atomkriegsgefahr ist derzeit höher als im kalten Krieg. Wir dürfen uns weder zur Zielscheibe machen noch andere ins Visier nehmen.

100 Milliarden für die weitere Aufrüstung, während Krankenhäuser schließen müssen, Lehr- und Pflegekräfte fehlen, der soziale Wohnungsbau schrumpft und die Menschen immer mehr

Geld für Energie und Lebensmittel ausgeben müssen.

Rüstungsexporte verbieten

Deutschland fungiert als Drehscheibe bei der Verteilung von Waffen an die Ukraine und als Ausbildungsort für die ukrainischen Soldaten. Weltweit liegt es bei den Rüstungsexporten auf dem skandalösen vierten Rang. Waffenexporte heizen Konflikte an, sorgen für Instabilität und für riesige Konzerngewinne.



Internationale Zusammenarbeit

Der Ukraine-Krieg ist nur durch Verhandlungen ohne Vorbedingungen zu beenden. Machtpolitische Interessen müssen dabei vor dem Schutz von Menschenleben zurückstehen. Fortschritte werden nur am Verhandlungstisch erzielt. Das Getreide-Abkommen stellt einen kleinen Lichtblick dar und zeigt die Möglichkeiten der Diplomatie.

Die großen Herausforderungen unserer Zeit, wie

die Klimakatastrophe und Hunger, können nur gemeinsam gelöst werden. Hochrüstung, wirtschaftliche Rivalität und Großmachtstreben stehen dem nicht nur entgegen, sondern verschärfen diese Probleme sogar.

Wir wollen ...

- eine sofortige Waffenruhe, eine diplomatische Strategie und Verhandlungen
- den Abzug der US-Atombomben in Deutschland
- dass die Bundesregierung den UN-Atomwaffenverbotsvertrag unterzeichnet
- keine Waffenlieferungen – weder in die Ukraine noch in andere Länder
- die Probleme der Welt gemeinsam angehen, statt Sanktionen und Wirtschaftskriege
- 100 Mrd zur Abwendung der Klimakatastrophe statt für Rüstung
- Maßnahmen zur Krisenprävention und eine Stärkung von OSZE und UNO

Deshalb gehen wir mit beim Ostermarsch.

Im vorherigen Artikel wurde schon ausführlich erörtert, wie schwer sich die SPD mit der Umsetzung und Durchsetzung im Klimaschutzziele im der Bundesregierung tut.

Vor dem Amtssitz der Erlanger Oberbürgermeisters SPD tut sich seit Jahrzehnten eine Beton-Wüste auf. Diese wurde jetzt durch einen Schottergarten ergänzt.

Während sich Kommunen Land auf-land ab in Bausatzungen und Verordnungen eindeutig gegen Schottergärten und Gabionen aussprechen wurde hier Buschwerk, Sträucher und Bäume bis auf Alibi-Reste entfernt.

Klimaschutz-Ziele und der auch von Erlangen ausgerufene Klimanotstand scheinen vergessen. Bo

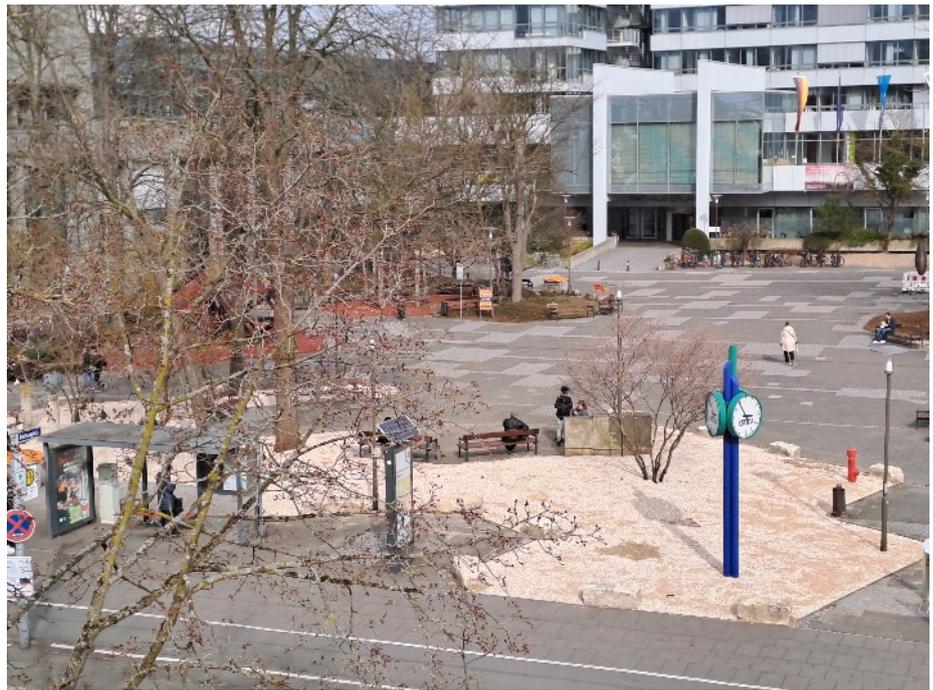


Bild: Mario Bock

HuPfla - Erhalt des Ostflügels

Vor dem Hintergrund der vielen Stimmen in den letzten Wochen aus der Erlanger Öffentlichkeit, aber auch bundesweit – sowie den Presse- und TV-Berichten gibt es eine neue, aktuelle Position des Aktionsbündnisses „Gedenken gestalten – HuPfla erhalten“ zum bevorstehenden Abriss.

Der Erhalt des Ostflügels der ehemaligen Heil- und Pflegeanstalt Erlangen bleibt unser Ziel:

Wegen der Opfer faschistischer Gewaltverbrechen, die in den Räumen des Ostflügels mit so genannter Hungerkost großes Leid erlitten und zu Hunderten ermordet wurden.

Wegen des Wissens darum, dass Erinnern, Gedenken und Mahnen stets die authentischen Orte als Bezugspunkt erfordern.

Wegen der Tatsache, dass in Erlangen nahezu sämtliche Lager aus der NS-Zeit überbaut wurden und mit dem letzten Gebäude, der ehemaligen Heil- und Pflegeanstalt, auch die letzte verbliebener Stätte faschistischer Verbrechen geschleift würde.

Wegen des Wunsches der Erlanger Bürgerinnen und Bürger, dieses Baudenkmal einer zu Gründungszeiten fortschrittlichen, medizinischen Einrichtung aus dem 19. Jahrhundert für künftige Generationen zu bewahren.

Die Bauträger und politischen Verantwortlichen verweisen auf bereits längst genehmigte Bautermine und die daran geknüpfte Auszahlung von Fördergeldern.

Weder die Fördermittel selber noch die Auszahlungstermine sind Naturereignisse oder schicksalhafte Wendungen. Es handelt sich um politische Entscheidungen. Aber diese können auch geändert werden.

Wir fordern Sie auf, sich für eine Auszahlungsverschiebung der Mittel einzusetzen, die Raum und Zeit lässt für alternative bauliche Vorschläge und einen breiten Dialog in der Erlanger Bürgerschaft. Nein zum Abriss!

Aktionsbündnis „Gedenken gestalten – Hupfla erhalten“ Gez. Werner Lutz



OSTER- MARSCH 2023



8. April 12:00 Hugenottenplatz

**Redebeitrag:
Ulrich Schneider**
Bundessprecher der VVN-BdA

 **Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes-
Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten**

**10. April
13:00
Hugenottenplatz**
Start der Fahrraddemo
zum Ostermarsch
nach Nürnberg




Die **DKP** - Erlangen
trifft sich regelmäßig
vierzehntägig.

Unsere Adressen:
info@dkp-erlangen.de
www.dkp-erlangen.de

DAS ORIGINAL: DER ROTE KANAL AUF YOUTUBE



KOMMUNISTEN.TV

Wichtige	Adressen
Erlanger	Sozialforum
www.erlanger-sozialforum.de	
Erlanger Bündnis für den Frieden	www.frieden-erlangen.de
Friedenspolitischer Ratschlag Kassel	www.uni-kassel.de/fb5/frieden/ Welcome.html
Netzwerk Friedenskooperative	https://www.friedenskooperative. de/

Das Erlanger Bündnis für den Frieden organisiert wieder für Erlangen am Ostersonntag den traditionellen Ostermarsch der Friedensbewegung

Dieses Jahr greifen wir wieder eine Tradition aus den achziger Jahren auf, eine gemeinsame Fahrradtour - Kundgebung am Ostersonntag zur Abschlusskundgebung des Nürnberger Ostermarsch auf dem Kornmarkt vor dem DGB-Gebäude

(Das Plakat wird mit ggf leicht verändertem Design ende März im Erlanger Stadtbild sichtbar)




KOSTENLOS TESTEN!
unsere zeit - Sozialistische Wochenzeitung - Zeitung der DKP

